

## **Umkämpfte Klagen der Apartheidopfer**

Am 6. November wird das Gericht in New York, das über den Antrag der beklagten Konzerne und Banken verhandelt, die Klagen der südafrikanischen Apartheidopfer voraussichtlich als irrelevant zurückzuweisen. Hinter den Kulissen wird heftig um öffentliche Stellungnahmen gekämpft. Die ersten Überzeugungsarbeiten gegen die Klagen wurden am World Economic Forum vom Januar 2003 geleistet.

Den Auftakt für eine Stellungnahme gegen die Klage machte die südafrikanische Regierung Anfang Juni mit einem langen Memorandum des Justizministers, nachdem noch ein halbes Jahr zuvor das Regierungskabinett beschlossen hatte, weder für noch gegen die Klagen Stellung zu nehmen. Unter anderem argumentiert die Regierung, dass solche Klagen ausländische Investoren abschrecken und die Souveränität des Staates untergraben würden. Inzwischen hat Joseph Stieglitz, Vizepräsident und Chefökonom der Weltbank von 1997 bis 2000, gegen die ökonomische Argumentation der südafrikanischen Regierung zu Händen des Gerichts Stellung genommen. Auch aus Deutschland – und aus Südafrika natürlich ebenfalls – sind mehrere Schreiben beim zuständigen New Yorker Gericht zur Unterstützung der Klagen eingegangen. Die Schweizer Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im Südlichen Afrika hat ebenfalls nochmals Fakten zur Zusammenarbeit der Banken mit dem Apartheidregime, zur bisherigen Verweigerung der Banken, mit den Apartheidopfern in einen Dialog zu treten und zum verweigerten Zugang zu den privaten und öffentlichen Archiven geschrieben.

Von besonderer Bedeutung ist, dass in Südafrika Ende August zum ersten Mal eine breite Konsultationskonferenz von zivilgesellschaftlichen Gruppen zur Frage der Reparationen und Klagen stattgefunden hat. Eine grosse Mehrheit der anwesenden Gruppierungen unterstützte die Klagen und sprach den südafrikanischen Anwälten das Vertrauen aus. Sie bestärkten das Recht auf Reparationen erneut, ebenso den Willen zu Reparationsverhandlungen mit der südafrikanischen Regierung und mit Unternehmen und Banken. Vor allem aber verlangten sie von der südafrikanischen Regierung, dass sie ihr Memorandum zurückziehe. (mm)

Alle erwähnten Dokumente sind bei der AFP erhältlich und sollten demnächst auf der Homepage [www.aktionfinanzplatz.ch](http://www.aktionfinanzplatz.ch) nachlesbar sein.